

Antrag

der Abgeordneten Stephan Protschka, Peter Felser, Franziska Gminder, Wilhelm von Gottberg, Verena Hartmann, Norbert Kleinwächter, Marc Bernhard, Petr Bystron, Tino Chrupalla, Joana Cotar, Siegbert Droese, Dr. Michael Ependiller, Dr. Götz Frömming, Mariana Iris Harder-Kühnel, Martin Hess, Dr. Heiko Heßenkemper, Karsten Hilse, Johannes Huber, Jörn König, Dr. Rainer Kraft, Frank Magnitz, Jens Maier, Andreas Mrosek, Christoph Neumann, Frank Pasemann, Tobias Matthias Peterka, Martin Reichardt, Dr. Robby Schlund, Uwe Schulz, Detlev Spangenberg, Dr. Harald Weyel, Dr. Christian Wirth und der Fraktion der AfD

Schutz der heimischen Landwirtschaft vor den Auswirkungen des geplanten Freihandelsabkommens zwischen der Europäischen Union und den Mercosur-Staaten

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Das Freihandelsabkommen, das zwischen der EU und den vier Mercosur-Staaten Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay seit 1999 verhandelt und Anfang Juli zum Abschluss gekommen ist, beinhaltet unter anderem ermäßigte beziehungsweise zollfreie Kontingente für die Einfuhr von landwirtschaftlichen Produkten in die Europäische Union. Das Abkommen betrifft 82 Prozent der Importe der Agrarindustrie aus den Mercosur-Staaten (vgl. EU-Mercosur trade agreement – Information from the Commission, Ratsdokumentennummer: 10995/19). So erlaubt das Abkommen beispielsweise den Import von 99.000 Tonnen Rindfleisch (https://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2019/july/tradoc_158059.pdf, www.fleischwirtschaft.de/politik/nachrichten/Mercosur-Abkommen-erhitzt-die-Gemueter-39684) zu einem ermäßigten Zollsatz von 7,5 Prozent in die EU. Für Geflügelfleisch soll die zollfreie Quote 180.000 Tonnen und für Zucker 190.000 Tonnen betragen (www.bmel.de/DE/Landwirtschaft/Markt-Handel-Export/_Texte/eu-mercotur-faq.html). Außerdem sollen 450.000 Tonnen Ethanol für industrielle Anwendungen zollfrei sowie weitere 200.000 Tonnen für weitere Anwendungen mit einer Ermäßigung um zwei Drittel des gegenwärtigen Zollltarifs in die EU eingeführt werden dürfen (www.presseportal.de/pm/73390/4314978). Sobald das Abkommen ratifiziert ist, sollen diese Freihandelsquoten dann über einen Zeitraum von fünf Jahren schrittweise umgesetzt werden (Mercosur-Handelsgespräche abgeschlossen, Agra-Europe 27/19, 1. Juli 2019, S. 5).

Das Abkommen wird von der Bundesregierung ohne Einschränkungen unterstützt, während es bei anderen Mitgliedsländern der EU auf deutliche Ablehnung stößt.

Frankreich, Irland und Finnland haben aus unterschiedlichen Gründen schon angekündigt, die Zustimmung zu verweigern, Österreich hat in der vorangegangenen Legislaturperiode bereits einen parlamentarischen Beschluss gefasst, der das Abkommen ablehnt. Die Bundesregierung begründet ihre Unterstützung mit den Interessen der deutschen Export-, insbesondere der Automobilindustrie, und erwartet nach eigenen Aussagen einen maßgeblichen Beitrag zu „Wohlfahrt, Wachstum und Beschäftigung in der EU“ (Antwort der Bundesregierung, Drucksache 19/3336.)

Wenngleich die Antragsteller grundsätzlich freien Handel in der Welt befürworten, halten sie diese Auffassung der Bundesregierung für nicht begründbar. Sie sehen die heimische Landwirtschaft aufgrund der zu erwarteten Zunahme der EU-Agrarimporte einem deutlich verschärften Wettbewerb ausgesetzt. Insbesondere Rind- und Hühnerfleisch sowie Zucker produzierende Unternehmen sind betroffen. Durch die weitgehenden Zugeständnisse für hochsensible Agrarprodukte wird sich die ohnehin schon schwierige wirtschaftliche Situation in den betroffenen Branchen weiterhin verschlechtern und die Existenz zahlreicher Betriebe gefährden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

das Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und den Mercosur-Staaten nicht zu ratifizieren, solange es Zollkontingente beziehungsweise Freihandelsquoten für Zucker, Ethanol, Rindfleisch und Geflügelfleisch beinhaltet.

Berlin, den 13. Dezember 2019

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion

Begründung

Aus Sicht der Antragsteller bedroht das Abkommen die europäische und insbesondere deutsche Landwirtschaft aufgrund eines gesteigerten Angebots und eines damit einhergehenden Preiswettbewerbs. Die Zunahme der EU-Agrarimporte aufgrund des Freihandelsabkommens ist insbesondere bei Zucker, Ethanol und Fleisch signifikant. Es wird eine Verdopplung der Importe erwartet (Boulangier, P. & Dudu, H. & Ferrari, E. & Himics, M. & M'barek, R., 2016, Cumulative economic impact of future trade agreements on EU agriculture. Extended summary). Dadurch werden europäische Hersteller einem zusätzlichen Preisdruck ausgesetzt.

Schon jetzt ist brasilianisches Rindfleisch mit etwa 217 Euro/100 kg deutlich günstiger als EU-Ware mit etwa 374 Euro/100 kg (www.agrarheute.com/markt/tiere/eu-importiert-mehr-rindfleisch-brasilien-551193). Insbesondere die irische und die französische Regierung verweigern aufgrund dieses Bedrohungspotenzials für die heimischen Viehzüchter ihre Zustimmung. Betroffen ist aber in einem hohen Maße auch die Zuckerindustrie. Die heimische Landwirtschaft ist anders als die in den Mercosur-Staaten, zur Einhaltung hoher Umweltauflagen, wie etwa pflanzenschutzrechtlichen Bestimmungen und hohen Sozialstandards verpflichtet, was die Produktion kostenintensiver macht und im Fall einer Umsetzung des Abkommens zu starken Wettbewerbsverzerrungen führen würde (www.bauernverband.de/presse-medien/pressemitteilungen/pressemitteilung/deutscher-bauernverband-fordert-aenderungen-bei-mercotur-verhandlungen). Seit 2018 ist die europäische Zuckerproduktion bereits rückläufig. Und schon jetzt befindet sich der EU-Zuckersektor, an dem Deutschland mit 23 Prozent der Produktion einen hohen Anteil hat, aufgrund fallender Zuckerpreise in einer schweren Krise (https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/food-farming-fisheries/farming/documents/sugar-price-reporting_en.pdf, CEFS- EFFA, Press Release: Concessions to MERCOSUR to pile pressure on the EU sugar sector, July 2019). Durch das Freihandelsabkommen würden europäische Zuckerhersteller in einen Preiswettbewerb treten, aus dem die brasilianischen

Exporteure als Gewinner hervorgehen dürften. Die Berufsverbände der europäischen Zuckerindustrie CEFS (European Association of Sugar Manufacturers) und CIBE (International Confederation of European Beet Growers), die 61 Zucker-Produzenten und 140.000 Zuckerrübenzeuger vertreten, forderten daher den Ausschluss von Zucker und Ethanol aus dem Freihandelsabkommen (<https://cefs.org/blog/2017/07/03/eu-mercosur-negotiations-stand-up-for-eu-sugar-and-ethanol>). Die Zukunft des Zuckersektors innerhalb der europäischen Agrarindustrie wird mit sehr großer Besorgnis gesehen. Es droht das völlige Verschwinden der Zuckerproduktion in ländlichen Gebieten Europas. Dies hat negative Konsequenzen für die Agrarwirtschaft auf dem Lande und die Beschäftigungssituation. Die Verluste, die das Freihandelsabkommen für den gesamten EU-Agrarsektor haben könnten, dürften in Milliardenhöhe liegen (https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/food-farming-fisheries/trade/documents/mercosur-fta-impact-fadn_en.pdf; https://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2018/march/tradoc_156631.pdf).

In Voraussicht der wirtschaftlichen Schwierigkeiten für die europäische Agrarindustrie hat die EU-Kommission bereits angekündigt, die europäischen Landwirte bei der Anpassung an die veränderte Wettbewerbssituation finanziell zu unterstützen. Letztlich sollen also die Nachteile für die heimische Landwirtschaft mit Steuermitteln kompensiert werden. (Bernhard von Waldersee: EU-Mercosur: Wollen wir die Partnerschaft?. In Popicos 2 . 2019, S. 22) Ein Szenario für den Fall einer nicht erfolgreichen Anpassung gibt es nicht. Nicht einbezogen in die Prognosen ist das Ausscheiden Großbritanniens aus der Union. Großbritannien war bislang der größte Zuckerimporteur. Mit dem Brexit würde das steigende Angebot auch noch auf eine sinkende Nachfrage in Europa treffen. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Umsetzung des geplanten Freihandelsabkommens der europäischen Landwirtschaft einen schweren Schaden zufügen würde, der auch nicht durch eine Quersubventionierung aus Steuermitteln verhindert werden könnte.

Negative Auswirkung hätte das Abkommen auch auf die Ökologie und die Arbeitsbedingungen in den Mercosur-Staaten. Die Produktion von Rindfleisch und Ethanol steht in direktem Zusammenhang mit Landnutzungsänderungen, welche insbesondere in Brasilien die weitere Abholzung des tropischen Regenwaldes vorantreiben könnten (von Witzke, H. & Noleppa, S. & Zhirkova, I., 2011, Fleisch frisst Land. WWF Deutschland, Berlin). Neben ökologischen Risiken werden in diesem Zusammenhang Menschenrechtsverletzungen genannt (www.amnesty.org/en/countries/americas/brazil/report-brazil/). Weiterhin sind negative sozialen Auswirkungen auf Kleinbauern und die indigene Bevölkerung sowie Nutzungskonflikte vorprogrammiert (Fritz, T., 2017, Das EU-Mercosur-Abkommen auf dem Prüfstand -Soziale, ökologische und menschenrechtliche Folgen. Aachen, MISE-REOR).

